

Editorial

Liebe lesende Menschen!

Das Wintersemester ist in vollem Gange. Schon bald müsst Ihr die ersten Klausuren schreiben und Eure Seminararbeiten einreichen. Doch auch ein anderer wichtiger Termin steht in diesem Monat an: Vom 15.-17. Januar finden wieder Hochschulwahlen an der Uni Göttingen statt. Neben dem Studierenden- und Fachschaftsparlament könnt Ihr auch für Eure Vertreter*innen im Senat und den Fakultätsräten votieren. Außerdem erhaltet Ihr die Möglichkeit, bei den Urabstimmungen über die Semestertickets für Bus und Kultur abzustimmen.

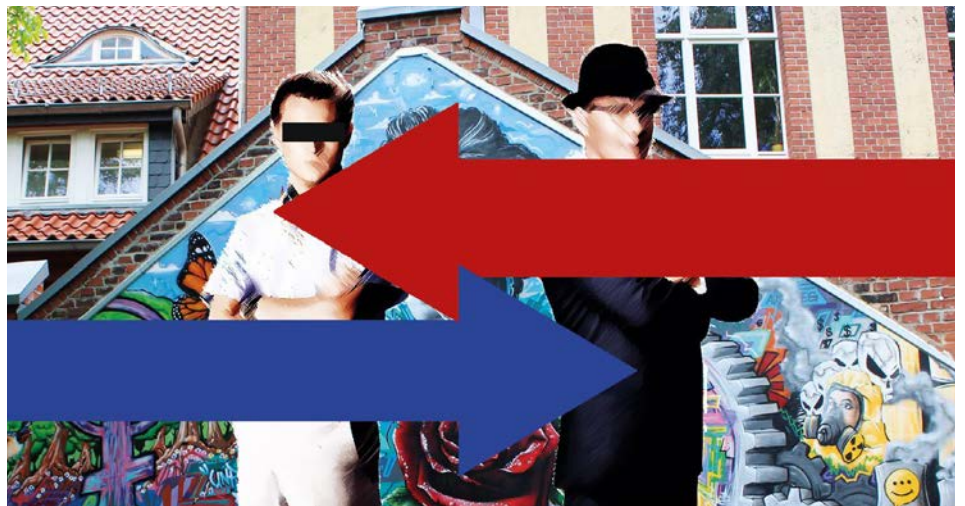
In dieser rot!ation dreht sich deshalb erst einmal alles um die anstehenden Wahlen. So setzen wir uns nicht nur kritisch mit der Arbeit des amtierenden AstA auseinander (schaut mal rechts), sondern klären auch, warum es sich überhaupt lohnt, eine Studierendenvertretung zu haben (S. 7). Desweiteren zeigen wir Euch, wie wir uns ein sozial gerechtes und freies Studium vorstellen (S. 4), machen unseren Standpunkt für feministische Politik deutlich (S. 5) und setzen uns kritisch mit aktuellen Entwicklungen im Bereich der Hochschulfinanzierung auseinander (S. 9).

Ihr seht: Auch für das kommende Jahr haben wir einiges geplant. Ein detailliertes Wahlprogramm findet Ihr auf unserer Homepage (www.linke-kraft.de) oder an unserem Wahlstand im ZHG. Kommt einfach vorbei, wir freuen uns auf Euch! Und ganz wichtig: Geht wählen.

Eure Juso-Hochschulgruppe

Catch Me If You Can!

Studentische Vertretung als windiges Geschäftsmodell



„Die Leute wissen immer nur, was sie gesagt bekommen“, heißt es in Steven Spielbergs 2002 erschienenen Gaunerkomödie *Catch Me If You Can*. Ein Leitsatz, der nicht nur für Hauptcharakter Frank Abagnale Jr. zu gelten scheint, sondern auch für die aktuelle Göttinger Studierendenvertretung. Denn es sind nicht nur die markigen Sprüche des von Leonardo DiCaprio hervorragend gespielten Trickbetrügers, die Assoziationen zum amtierenden Allgemeinen Studierendenausschuss (AstA) wecken. Es ist auch die an den Tag gelegte Dreistigkeit bei der Verschleierung der Geschäftspraktiken, die uns an Spielbergs Gauner Abagnale erinnern. Insbesondere für Studierende, die sich nicht aktiv mit Hochschulpolitik beschäftigen, war in der laufenden Legislaturperiode kaum nachzuvollziehen, was mit ihrem gezahlten Beitrag (immerhin 9,00€) passiert – der AstA unsichtbar wie der Checkbetrüger. Auch der parlamentarischen Opposition wurde die vorgesehene parlamentarische Kontrolle des Mitte-Rechts-AstA

systematisch erschwert. Wir als Juso-Hochschulgruppe haben dennoch hingesehen und nehmen ein knappes Jahr vermeintlicher Studierendenvertretung unter die Lupe.

Während die betrügerische Lebensgeschichte Franks in Spielbergs Leinwandhit ihren Ausgang im New York der 1960er nimmt, beginnt die Geschichte des neuen AstA vor einem knappen Jahr: Es ist der 28.02.2018; das neu gewählte Studierendenparlament konstituiert sich in seiner ersten Sitzung der neuen Legislaturperiode und wählt einen neuen Allgemeinen Studierendenausschuss bestehend aus ADF (Arbeitsgemeinschaft demokratischer Fachschaftsmitglieder), LHG (Liberaler Hochschulgruppe) und RCDS (Ring Christlich Demokratischer Studenten). Vorausgegangen war ein Wahlkampf, in dem sich die genannten Gruppen lauthals mit Vorwürfen angeblicher Klientelpolitik und aufgeblähter Strukturen an den damaligen linken AstA wandten und selbst einen ‚schlankeren‘

AStA bei gleichzeitig mehr Service für die Studierenden versprochen.

Abbau von Transparenz

Dieser Forderung nach einem schlankeren AStA verlieh das neue Mitte-Rechts-Bündnis scheinbar direkt Ausdruck: Bei der Einrichtung von Referaten, die die Arbeitsgebiete des AStA in unterschiedliche Ressorts mit eigenem Budget gliedern, setzte man kräftig den Rotstift an. Ohne die im vorigen Jahr eingerichteten Referate für Ökologie und Nachhaltigkeit, für Gender & Diversity sowie für politische Bildung blieben nur die fünf nach Geschäftsordnung einzurichtenden Pflichtreferate übrig. Ökologische Themen, Gleichstellung und Arbeit gegen Diskriminierung sowie politische Bildungsangebote erhalten beim aktuellen AStA somit deutlich weniger Aufmerksamkeit als bei unseren linken Studierendenvertretungen zuvor.

Es gibt jedoch einen Grund, der die Koalition dazu bewegt haben könnte, Aufgaben, die zuvor Referent*innen zugewiesen waren, nun an Sachbearbeiter*innen auszulagern: Letztere müssen nämlich als Angestellte des AStA nicht gewählt werden, können deshalb auch nicht abgewählt werden

und besitzen – anders als Referent*innen – dem Parlament gegenüber keine Auskunftspflicht über ihre ausgeübte Tätigkeit. Ausweichend versprach der neu gewählte AStA-Vorsitzende René Rahrt (ADF), die jeweiligen Sachbearbeiter*innen würden dafür regelmäßig vor dem StuPa aus ihrer Arbeit berichten. Doch ohne ordnungsgemäße Verpflichtung erfolgte erwartungsgemäß das Gegenteil. Sachbearbeiter*innen mit wichtigen Aufgaben wie der Erstsemesterbetreuung waren selten überhaupt anwesend, geschweige denn dazu bereit, ans Mikrofon zu treten. Auf diese Weise war es dem AStA möglich, dem Studierendenparlament die Kontrolle über ihre Arbeit für die Studierenden deutlich zu erschweren. Dazu kommt noch die regelmäßige Abwesenheit der berichtspflichtigen Referent*innen: Diese ließen sich bei wichtigen Sitzungen des Studierendenparlaments einfach entschuldigen und konnten daher auch nicht befragt werden.

Doch was hat der Mitte-Rechts-AStA zu verbergen? Letztlich offenbarte sich über die Dauer der Amtszeit die Simulation einer Studierendenvertretung, deren Zweck darin besteht, mit möglichst geringem Aufwand maximalen finanziellen und karrieristischen Nutzen für Mitglieder der eigenen Strukturen zu erwirtschaften.

Maximaler Lohn – Minimale Kompetenz

Deutlich wird dieses Prinzip zum Beispiel an der Personalstruktur des

angeblich ‚schlanken‘ AStA. Obwohl man die Arbeit auf die Pflichtreferate zusammenschumpfte, verabschiedete die tragende Parlamentsmehrheit einen Haushaltsplan, der neben den fünf Referent*innen auch Personalkosten für 30(!) Sachbearbeiter*innen berücksichtigt. Alle bezahlt aus den Geldern der Studierendenschaft. Letztlich leistete man sich somit eine Ausweitung des Mitarbeiter*innenstabs, bei einer Erhöhung der Personalkosten im Haushaltsplan um 17.000€ gegenüber den Personalkosten zum vorhergehenden AStA.

Grundsätzlich ist gegen die Ausschöpfung des Budgets durch die Studierendenvertretung nichts einzuwenden. Gute Arbeit will auch gut bezahlt werden, damit am Ende ein Mehrwert für die Studierendenschaft entsteht. Doch skeptisch macht dieser riesige Personalstab schon, wirft man einen Blick auf die zugeteilten Arbeitsbereiche der Mitarbeiter*innen: Zu nennen sind hier beispielsweise zwei eigene Stellen für die Vernetzung mit den Fachschaften an Nord- und Zentralcampus – eigentlich eine klassische Aufgabe der ohnehin zuständigen Hochschulreferentin – oder die Einstellung zweier Mitarbeiter*innen für die Förderung von studentischen Initiativen. Letztere mussten später auf Nachfrage der Juso-Hochschulgruppe vor dem Studierendenparlament zugeben, allein vier bezahlte Monate damit verbracht zu haben, eine Richtlinie zu erstellen, die festlegt, welche Art von Initiativen denn nun förderungswürdig seien und welche nicht. An dieser Stelle drängt sich der Verdacht auf, dem AStA ginge es gar nicht um die (zeitnahe) Förderung von studentischen Initiativen, sondern vor allem darum, Mitgliedern der eigenen

Die Arbeit des aktuellen AStA?

„Die Simulation einer Studierendenvertretung, deren Zweck darin besteht, mit möglichst geringem Aufwand maximalen finanziellen und karrieristischen Nutzen für Mitglieder der eigenen Strukturen zu erwirtschaften.“



Pauline Voigt
Politik/Soziologie
StuPa: Platz 1



Aljoscha Dalkner
Politikwissenschaft
Senat: Platz 1



Merle Mangels
GeFo
StuPa: Platz 3



Nils Martin Quentel
Deutsch/Politik
StuPa: Platz 4



Stephanie Thiel
Jura/Politik
StuPa: Platz 5

Hochschulgruppen Jobs zu vermitteln, die bei minimaler Arbeit maximalen Lohn und entsprechend wohlklingende Beschreibungen im Lebenslauf versprechen.

Ein Fisch, der stinkt, stinkt jedoch zu meist vom Kopf her und so verwundert es nicht besonders, dass auch der neu gewählte AStA-Vorsitzende (und damit oberste Vertreter von 31.000 Studierenden) René Rahrt schon in der ersten Sitzung des Parlaments zugeben musste, aufgrund diverser Praktika und privater Studienbemühen eher eine halbe Stelle ausfüllen zu wollen. Einen Großteil seiner Arbeit würde ein (wiederum nicht berichtspflichtiger) Sachbearbeiter als Assistenz übernehmen. Der Forderung der Juso-HSG, dann gefälligst auch nur eine halbe Aufwandsentschädigung anzunehmen, stimmte Rahrt zunächst zu. Bei der Aufstellung des Haushaltsplans bedachte sich der halbtags arbeitende repräsentative Vertreter der Göttinger Studierenden dann aber dennoch mit 450€ monatlich, was nach Kenntnisstand der Juso-HSG nicht ganz der Hälfte der ursprünglich 700€ betragenden Aufwandsentschädigung für eine volle Stelle entspricht.

Als ähnlich schlecht im Jonglieren mit Finanzen erwies sich tragischerweise auch der erste Finanzreferent des amtierenden AStA, Marcel Munzel (LHG). Dass dieser schon bei seiner Vorstellung als Kandidat für das Finanzreferat zugeben musste, bislang keine Erfahrungen auf diesem Feld gesammelt zu haben, hinderte die amtierende AStA-Koalition nicht daran, ihn ins Amt zu wählen – mit fatalen Folgen: Trotz der umfassenden Unterstützung von vier(!) Sachbearbeiter*innen kassierte der Rechtsausschuss der

Universität eine erste Fassung seines Haushaltsplans. Die Folge: Erst Ende April konnte der Haushaltsplan verabschiedet und so die Fachschaften mit einem Budget ausgestattet werden. Auch der AStA konnte bis hierhin nicht mit eigenen finanziellen Mitteln arbeiten. Nach der Verabschiedung des Haushaltsplans trat Munzel schließlich zurück. Doch auch sein Nachfolger Lukas Brosi (LHG) bekleckert sich nicht mit Ruhm. Immer wieder fehlten beispielsweise dem Haushaltsausschuss wichtige Dokumente, die erst auf Nachfrage eingereicht werden. Erst im November 2018 muss der AStA vor dem Studierendenparlament eingestehen, dass Mitgliedern des Haushaltsausschusses die jederzeit auf Nachfrage vorzulegende Kalkulation von AStA-Veranstaltungen nicht vorgelegt wurde. Der Ordner sei zu diesem Zeitpunkt schlicht nicht aufzufinden gewesen. Unter den Veranstaltungen, die geprüft werden sollen: Auch das mit 8300 Euro bedachte Campus-Festival des AStA.

Nur keine Mühen! Inhaltliche Arbeit und Veranstaltungen bleiben auf der Strecke

Grund, sich mit dem Campus-„Festival“ des AStA genauer zu beschäftigen, war dessen miese Performance. Die Ersatzveranstaltung für das in den Jahren zuvor von uns im AStA organisierte *festival contre le racisme* (fclr) war im Umfang geschrumpft, schlecht beworben und noch schlechter ausgeführt worden. Direkt am

Die Arbeit des aktuellen AStA?
 „Schlampig geplant, inhaltlich entkernt und weitestgehend unbemerkt von der Studierendenschaft.“

Anfang der Prüfungsphase gelegen und ohne überregionale Künstler*innen als Publikumsmagnet lockte es zu Spitzenzeiten maximal 150 Besucher*innen auf das Gelände. Zur Erinnerung: Das in den Jahren zuvor veranstaltete festival contre le racisme, bei dem neben überregional bekannten Künstler*innen auch ein breites Workshopangebot geboten wurde, besuchten an zwei Tagen rund 3.500 Besucher*innen. Unsere Mischung aus lokalen Nachwuchskünstler*innen und „Stars“ war scheinbar das bessere Konzept, doch auf Hinweise im Studierendenparlament im Vorfeld wollte der AStA nicht hören und rannte Sehens in das Fiasko.

Damit scheint das gefloppte Campusfestival gleich auf mehreren Ebenen Ausdruck einer neuen Politik der Studierendenvertretung zu sein: Schlampig geplant, inhaltlich entkernt und weitestgehend unbemerkt von der Studierendenschaft. Oder habt ihr etwas von dem Festival mitbekommen?

Ähnlich „undercover“ verlief beispielsweise auch die Erstsemesterbetreuung der Mitte-Rechts-Koalition. Im Wahlkampf der „serviceorientierten“ ADF noch einer der Hauptkritikpunkte am damaligen linken AStA, gelang es weder den Stand zur Erstsemesterbetreuung am Zentralcampus regelmäßig zu besetzen, noch überhaupt über dessen Existenz aufzuklären. Dies



Florian Krause
 Medizin
 StuPa: Platz 6



Bentje Tarrach
 GeFo/Religionswissenschaft
 StuPa: Platz 7



Ron Gutheil
 Betriebswirtschaftslehre
 StuPa: Platz 8



Larissa Freudenberger
 Politikwissenschaft
 StuPa: Platz 9



Jasper Bendler
 Sozialwissenschaften
 StuPa: Platz 10

hätte etwa auf den Informationsveranstaltungen der – glücklicherweise aus den Fachschaften und unabhängig vom AstA organisierten – O-Phasen stattfinden können. Entsprechenden Einladungen, etwa der sozialwissenschaftlichen Orientierungsphase (SOPha), wurde jedoch nicht gefolgt. Das kann einerseits daran gelegen haben, dass sich die seinerzeit für die Betreuung der Erstis zuständige Sachbearbeiterin zu dieser Zeit im Urlaub befand. Andererseits bestätigt sich hier wiederum das Bild eines AstA, der selten bereit ist, mehr als ein Minimum an Arbeit wahrzunehmen. Selbst hatte man im Vergleich zum vorherigen linken AstA deutlich weniger Infoabende angeboten und die Stadtführungen komplett gestrichen. Die beliebten Ersti-Taschen wurden dieses Jahr gerade mal für knapp ein Drittel der Erstsemester bestellt. In den letzten beiden Jahren bekamen noch alle neuen Studierenden eine Tasche vom AstA.

Das gilt neben dem Service insbesondere für die inhaltliche Arbeit. Was sich mit der Kürzung der Töpfe für Projekte und Vorträge, Erstsemesterbetreuung und Referatsaufgaben um fast 50% andeutete, sollte sich schließlich bewahrheiten. Obwohl anders versprochen, schaffte es der Mitte-Rechts-AstA nicht einmal an-

satzweise, ein ähnliches Veranstaltungsangebot für Studis anzubieten wie es die Jahre zuvor geboten wurde. Neben Filmvorführungen, bei denen es den AstA-Angestellten genügte, in schlecht besuchten Hörsälen auf die Play-Taste zu drücken, blieb ein vor allem ökonomisch geprägter Veranstaltungskalender: Ein (zusatz-) kostenpflichtiges Comedy-Programm im ZHG hier, ein Start-Up-Workshop da. Dazu die Einladung an ein Versicherungs- und Finanzdienstleistungsunternehmen zu einem Rhetorik-Workshop. Auf Nachfrage der Juso-Hochschulgruppe, welche Qualifizierung dieser Dienstleister gegenüber den kostenlos an der ZESS angebotenen Veranstaltungen besitzt, wer der*die Referent*in denn überhaupt sei und ob das Unternehmen die Veranstaltung für die Bewerbung von Produkten nutzen würde, konnte der AstA-Vorsitzende René Rahrt keine zufriedenstellende Antwort geben. Insgesamt bleibt die Performance des AstA im Studierendenparlament blamabel. Neben mangelnder Transparenz wurden Beschlüsse wie der von uns gestellte Antrag auf eine Veranstaltungsreihe zum Thema Antisemitismus einfach ignoriert, abseits einer extern organisierten Stadtführung kam nämlich nichts mehr.

An dieser Stelle würden wir als Juso-Hochschulgruppe gerne berichten, dass der personalstarke AstA – wenn er sich bei den Veranstaltungen schon nicht verausgabte – seine Kapazitäten nutzt, um Position für studentische Belange wie Wohnraum zu beziehen, öffentlich Stimme gegen vermehrten antisemitischen und transfeindlichen Vandalismus am Campus bezieht oder zumindest auf die mehrfache Bitte der Opposition eingeht, auf Gegenproteste zu Neonaziaufmärschen in Göttingen hinzuweisen, doch: Fehlanzeige! Obwohl wir noch lange so weiter machen könnten, finden wir irgendwann ist auch genug. Das gilt für Frank Abagnale Jr., dem in Catch Me If You Can letztlich Tom Hanks, in der Rolle des FBI-Agenten Carl Hanratty, das Handwerk legt, ebenso wie für die Nicht-Vertretungspraktiken des aktuellen AstA.

Wir jedenfalls treten bei den Hochschulwahlen im Januar für einen AstA an, der wieder politisch ist, der seine Agenda nachvollziehbar und transparent gestaltet und dem es in erster Linie um eine ehrliche Vertretung der Studierendenschaft geht, statt um das Schaffen unverbindlicher „Arbeits“verhältnisse für die eigenen Freund*innen! Mehr zu unseren Vorstellungen lest ihr deshalb auf den nächsten Seiten...

„Immer diese faulen Studenten“ Für ein freies, kritisches und selbstbestimmtes Studium!

Wer kennt es nicht: Der To Do-Zettel ellenlang und das Studium scheint kaum zu bewältigen. Zwei Referate nächste Woche, drei Hausarbeiten bis Ende Februar, eine Klausur, dazu wöchentliche Lektüre von mindestens

200 Seiten, oder Aufgaben die gerechnet werden müssen, und Thesen die eingereicht werden müssen. Außerdem stehen natürlich die täglichen Seminare, Übungen, Vorlesungen, Tutorien, Laborpraktika oder anderen

Termine, oft mit Anwesenheitspflicht auf dem Plan. Dazu kommt dann noch der Nebenjob, denn irgendwie muss der ganze „Spaß“ ja finanziert werden. Zusätzlich überlegt man sich schon wieder, wo man wohl noch



Lala Kowallek
Mathe/Politik
StuPa: Platz 11



Sören Buchholz
Medizin
StuPa: Platz 12



Elisa Bröcker
Volkswirtschaftslehre
StuPa: Platz 13



Felix Schabasian
Psychologie
StuPa: Platz 14



Janina Schmidt
Mathematik
StuPa: Platz 15



ein Praktikum reinquetschen könnten, das entweder verpflichtend oder für den Lebenslauf nötig ist. Aber es ist doch auch wichtig, sich zu engagieren! Ehrenamtliches Engagement ist quasi unumgebar, wenn man es später zu etwas bringen möchte. Und natürlich Auslandsaufenthalte – wann war nochmal die Frist für die nächste Erasmus-Bewerbung? Naja, morgen nachgucken. Jetzt erstmal noch 50 Seiten Extra-Lektüre für die Vorlesung lesen, die Dozentin meinte, dass es ohne nicht zu einer guten Note reicht. Und die braucht man ja, um überhaupt einen Master-Platz zu bekommen.

Hach, die Studierendenzzeit. Die schönste, entspannteste und faulste Zeit des Lebens. Zeit, sich auszuprobieren und neue Erfahrungen zu sammeln! – Äh, Moment mal?

Irgendwie haut das doch nicht so ganz hin mit der Erzählung der „faulen Studenten“ und dem wirklichen Alltag eines Durchschnitts-Studis. Nicht, dass wir dafür wären, dass alle Studis immer zu Hause bleiben und nichts lernen (obwohl ein wenig Faulheit mitunter auch nicht schaden kann!). Normalerweise studieren Menschen ja

durchaus etwas, das sie interessiert, über das sie ihren Horizont erweitern möchten und ihre Neugierde befriedigen wollen. Das wird aber schwierig, wenn das Studium so gestaltet ist, dass es einen eher einzwängt als weiterbringt.

Daher treten wir als Juso-HSG stets für ein freies und selbstbestimmtes Studium ein. Und das tun wir ganz konkret: Wir sitzen in Fachschaftsräten, Studienkommissionen, Kommissionen, die Geld für Lehre und Studium verteilen, Kommissionen, die Änderungen von Studien- und Prüfungsordnungen anschauen und bewerten. Außerdem in Berufungskommissionen, die darüber entscheiden, wer eure nächste Professorin wird, sowie im Senat, dem höchsten beschlussfassenden Gremium der Uni. In all diesen und weiteren Gremien setzen wir uns dafür ein, dass das Studium nicht zu einem verschuldeten Zwangskorsett wird, das den Studierenden gar keine Wahlmöglichkeiten, gar keinen Blick über den Tellerrand hinaus oder gar keine Zeit mehr für irgendetwas lässt. Und eines könnt ihr uns glauben: Oft genug zoffen wir uns dafür mit Professor*innen, die das

Ganze etwas anders sehen als wir Studierenden.

Aber wir finden, dass das Studium nicht nur dafür da sein sollte, euch für den Arbeitsmarkt fit zu machen. Natürlich sollte es das auch leisten, denn irgendetwas müssen wir alle ja später arbeiten, aber das ist unserer Meinung nach nicht der einzige Zweck eines Studiums.

Und, übrigens, ein verschuldetes und unflexibles Studium schadet auch insbesondere solchen Menschen nochmal mehr, die es ohnehin schon schwerer haben: Menschen mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen, Menschen, die nebenbei arbeiten müssen, Menschen mit chronischer Erkrankung oder Menschen mit Diskriminierungserfahrung. Anwesenheitspflichten, starre Termine, fehlende Wahlmöglichkeiten und ein immenser Leistungsdruck verunmöglicht es solchen Menschen und auch anderen oft, die erwartete Anzahl an Credit-Points zu erreichen.

Deswegen fordern wir als Juso-HSG immer wieder ein freies, kritisches und selbstbestimmtes Studium! Und dafür setzen wir uns ein – auch, wenn wir uns dafür anhören müssen, wir seien die „faulen Studenten“.



Severin Dieterle
Medizin
StuPa: Platz 16



Niklas Knepper
Politikwissenschaft
StuPa: Platz 18



Janice Sattler
Komparatistik
StuPa: Platz 19



Julian Schrick
VWL/Politik
StuPa: Platz 20



Silke Hansmann
GeFo
StuPa: Platz 21

The future is feminist!

Für eine feministische Politik – an der Hochschule und in der Gesellschaft

Wir als Juso-Hochschulgruppe sehen den Feminismus neben unseren politischen Prinzipien Internationalismus, Antifaschismus und Sozialismus als unabdingbaren Schwerpunkt unseres hochschulpolitischen Handelns.

Wir verstehen uns als queer*feministischer Richtungsverband und setzen uns sowohl innerhalb unserer Strukturen als auch in unserer hochschulpolitischen Arbeit kritisch mit den aktuellen Zuständen und Herausforderungen der Universität und der Gesamtgesellschaft auseinander. Queer*feminismus ist gerade an der Hochschule zu erkämpfen und zu erstreiten, denn besonders diese können durch ihre gesellschaftliche Stellung Ausgangspunkt von Veränderungen sein. Das bedeutet vor allem, dass wir für eine Hochschule und Gesellschaft streiten, in der Selbstverwirklichung und der persönliche Lebensweg nicht durch Geschlechterstereotype und strukturelle Sexismen beschränkt werden.

Dass Männer und Frauen* noch lange nicht gleichgestellt sind, spiegelt sich auch in der Lehre und Wissenschaft der Universität Göttingen wieder, denn dort sind Frauen* unterrepräsentiert und zahlreichen Hürden ausgesetzt. Während noch ca. 45% der Promotionen von Frauen* abgeschlossen werden, finden sich unter den Professor*innen der Uni Göttingen nur noch ca. 25% Frauen*, und dieser Wert hat sich seit Jahren nicht verbessert. Das kann nicht sein! Auch Sexismus, Homo-, Trans- und Inter*feindlichkeit machen am Campusgelände nicht Halt, sondern sind an der



Hochschule an der Tagesordnung, sei es inhaltlich in der Lehre, strukturell oder gar in sexistischen und transfeindlichen Schmierereien an Gebäuden oder Toiletten.

Einen großen Bereich unserer hochschulpolitischen Arbeit widmen wir auch geschlechtersensiblen Perspektiven als Bestandteil in Lehre und Forschung. Dazu haben wir in der Vergangenheit queer*feministische Vortragsreihen, Poetry-Slams und Aktionen organisiert und unterstützen die Stärkung von gendersensiblen Perspektiven in allen Fächern. Wir fordern eine Sichtbarmachung aller Geschlechtsidentitäten an unserer Universität! Ein großer Erfolg unserer Zeit im AStA war diesbezüglich die Einrichtung einer Peer-to-Peer-Beratungsstelle für trans*-Studierende, die durch das Engagement der damaligen von uns gestellten AStA-Referentin für Gender & Diversity eingerichtet werden konnte. Die Beratung richtet sich an alle trans* Studierenden, die Fragen zu

ihrem Studium, ihrer geschlechtlichen Identität und mehr haben, unterstützt diese bei dem Abbau struktureller Hürden an der Uni und bietet anderen Personen (z. B. Lehrenden) Unterstützung, die Fragen zum Thema trans* sein im Studium haben. Eine weitere Beratungsstelle, die Studierende mit Diskriminierungserfahrung, insbesondere mit Rassismuserfahrung, unterstützt und berät, konnte ebenfalls durch das Engagement des linken AstA 2015/16 eingerichtet werden.

Wir streben auch weiterhin an, die Studierenden mehr für feministische, queere und antirassistische Themen zu sensibilisieren und in der Hochschulpolitik explizit auch LSBTIQ* (Lesbisch/Schwul/Bisexuell/Trans*/Inter*/Queer) zu vertreten, sowie Gender- und Diversitätsthemen zu behandeln und Studierende über diese zu informieren.

Für uns als Juso-HSG kann es keine freien, kritischen Hochschulen ohne Queer*feminismus geben!



Xiahao Zhang
Philosophie
StuPa: Platz 22



Hannah Dißelbeck
Medizin
StuPa: Platz 25



Till Jürgens
Politikwissenschaft
StuPa: Platz 26



Judith Becker
Politikwissenschaft
StuPa: Platz 29



Judith Kalinowski
Mathe/Deutsch
StuPa: Platz 31

Warum Hochschulpolitik? Warum Wählen?

Gedankenexperiment: Eine Universität ohne AStA und Studierendenvertretungen

Anlässlich der diesjährigen Hochschulwahlen haben wir für euch ein kleines Gedankenexperiment durchgespielt: Wie sähe eigentlich unsere Universität aus, wenn es keinen AStA und keine verfasste Studierendenschaft gäbe? Und was würde an einer Universität passieren, wenn sich keine Studierenden in den zahlreichen Gremien der Universität für die Interessen der Studierenden einsetzen könnten?

Das neue Jahr hat begonnen und die meisten Studierenden kehren von Familienbesuchen über die Feiertage zurück nach Göttingen. Die erste Vorlesungswoche im neuen Jahr steht an. Viele von ihnen sind mit der Bahn nach Göttingen gereist und mussten, obwohl sie aus dem näheren Umland, Niedersachsen, Hamburg, Bremen oder Kassel kommen, viel Geld für ihr Zugticket bezahlen. Semesterticketes gibt es in dieser Welt ohne verfasste Studierendenschaft und AStA nicht. Auch am Bahnhof angekommen stellt sich für sie alle die Frage: „Soll ich mir ein Busticket kaufen oder lieber doch durch die Kälte nach Hause gehen?“ In dem Moment fallen den meisten Studierenden die hohen Preise für ein Busmonatsticket ein (38,25 Euro) und sie entscheiden sich dagegen, das Ticket zu kaufen, und gehen zu Fuß nach Hause.

Zurück in der Universität ärgern sich viele Studierende über Probleme, die ein Jahreswechsel allein nicht lösen kann: Zu wenig Platz zum Lernen, denn ein LSG und Räume wie das Autonomicum gibt es nicht. Den benötigten Sammelband gibt es in der ei-



genen Bibliothek nicht, denn niemand konnte sich dafür einsetzen, dass dieser angeschafft wird.

Noch härter kommt es, als der*die Dozent*in in der ersten Stunde über die anstehenden Prüfungsanforderungen aufklärt. Denn bei der Festlegung der Anforderungen haben Studierende nun kein Mitspracherecht mehr. Wird von den Prüfungsordnungen doch abgewichen, kann sich nirgends beschwert werden – die Fachschaftsräte fehlen.

Zusätzlich scheinen die Gelder der Universität in alle möglichen Prestige- und Forschungsprojekte gesteckt zu werden. Über die Interessen der Studierenden und gute Studienbedingungen dagegen scheint sich in dieser Welt ohne verfasste Studierendenschaft keine*r Gedanken zu machen. Auch Tutorien, in denen der Lehrstoff noch einmal erklärt wird oder zusätz-

liche Aufgaben besprochen werden, gibt es nicht in dieser Welt ohne Studierende, die über die Nutzung der Finanzmittel der Universität mitentscheiden können.

Auch abseits des universitären Alltags ist in dieser Universität ohne verfasste Studierendenschaft vieles anders. So können Studierende nicht vergünstigt oder komplett ohne Eintrittspreis in die Theater oder vielen Kultureinrichtungen gehen. Der studentische Veranstaltungskeller, das Stilbrvch, existiert hier genauso wenig, wie die Veranstaltungen und Partys, die von Hochschulgruppen oder den Fachschaften organisiert werden. Letztlich gibt es den Hochschulsport wie wir ihn kennen nicht, denn die Mitgliedsbeiträge sind unbezahlbar.

* Zurück in der Realität: Wir sind froh, dass Studierende vor uns das Recht



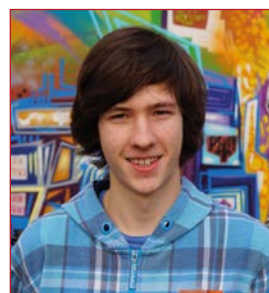
Nikolai Palmer
Physik/Mathematik
StuPa: Platz 36



Philipp Hobein
Jura
StuPa: Platz 40



Korbinian Holder
Politikwissenschaft
StuPa: Platz 42



Benjamin Lieser
Mathematik
StuPa: Platz 44



Johannes Schäfer
Volkswirtschaftslehre
StuPa: Platz 46

erkämpft haben, eine eigene Vertretung wählen zu können, die unsere Belange unter anderem gegenüber Dozent*innen, Präsidium und Politik vertritt. Die Semestertickets, eine kostenlose Rechtsberatung für Studierende, ein Sofortdarlehen, falls das Geld zum Monat knapp werden sollte, sowie zahlreiche Veranstaltungen im Semester sind nur einige Serviceleistungen, die eine gewählte Vertretung

den Studierenden für die Erleichterung ihres Studiums bietet. Zusätzlich dazu können wir Studierenden über finanzielle Mittel vom Land entscheiden, welche für die Verbesserung der Studienbedingungen eingesetzt werden. Hiervon werden unter anderem Tutorien, zusätzliche Arbeitsplätze in den Bibliotheken oder eine verbesserte technische Ausstattung der Arbeitsplätze (z. B. zusätzliche

Steckdosen) mitfinanziert. Insgesamt können wir also sehr froh sein, dass wir Studierenden die Möglichkeit haben, uns an vielen Stellen der Universität einzubringen. Trotzdem gilt es hier auch einzuwenden, dass es noch viel zu tun gibt, bis wir eine demokratische Hochschule erreicht haben, weil immer noch an vielen Stellen über die Köpfe der Studierenden hinweg entschieden wird.

Die Antwort heißt Solidarität

Debatte: Warum sich soziale Kämpfe und der für eine offene Gesellschaft nicht ausschließen, sondern bedingen

2018 liegt hinter uns – Und das Fazit fällt aus einer linken Perspektive alles andere als gut aus. In Chemnitz jagen Nazis Menschen, die sie für Ausländer*innen und Flüchtlinge halten, durch die Straßen und der Chef des Verfassungsschutzes Hans Georg Maaßen stärkt ihnen wochenlang den Rücken. Nach den Landtagswahlen in Bayern und Hessen sitzt die völkisch-autoritäre AfD noch fester im Sattel und hat es sich nun in allen deutschen Landesparlamenten bequem gemacht. Und im Zuge der Debatte um die Abschaffung des Paragraphen 219a StGB mobilisiert die christlich-konservative Reaktion all ihre Kräfte, um sich auch weiterhin gegen die körperliche Selbstbestimmung von Frauen* zu stemmen. Die Liste der Rückschläge für ein emanzipatorisches Gesellschaftsprojekt ist lang und wird auch im Verlauf des Jahres 2019 nicht kürzer werden.

Warum aber kommt es zu diesen Entwicklungen? Wieso scheint es seit Jahren erfolgreicher zu sein, Abschot-

tung und den Rückbezug auf eine essentialisierte ‚deutsche Nation‘ zu suchen, als für ein plurales und soziales Gesellschaftsmodell zu werben? Und was bedeutet diese Feststellung für jene politischen Kräfte, die sich nach eigenem Anspruch als ‚links‘ verstehen? Diese Fragen begleiten politische Diskussionen seit vielen Jahren. In den Feuilletons großer Tageszeitungen, auf den Podesten der jährlichen Debattencamps oder den unzähligen Plenen linker Gruppen berät man über den sinkenden Zuspruch der politischen Linken. Ein Erklärungsansatz, der dabei in letzter Zeit eine fast hegemoniale Stellung eingenommen zu haben scheint, ist der von der ‚linksliberalen Selbstgefälligkeit‘: Statt die sozialen Probleme innerhalb von Gesellschaften zu betrachten, hätte man sich innerhalb der Linken allzu sehr auf Themen wie eine liberale Flüchtlingspolitik und Gender und Diversity versteift, so der Tenor. Nils Heisterhagen, einer der lautesten Vertreter dieser These, hat dieser Kritik jüngst

gar ein ganzes Buch gewidmet. In *Die liberale Illusion* attestiert er nicht nur der einstmaligen Arbeiter*innenpartei SPD ein aus den Augen verlieren ihrer Stammthemen, sondern sieht insbesondere bei Vertreter*innen der Jusos eine neue Form „[...] linksliberaler Radikalität“, die sich nur noch auf ein „Nehmt doch bitte noch mehr Flüchtlinge auf!“ beschränke.[1]

Diese Kritik verfehlt aber den Kern des Problems, beruht sie doch auf zwei Fehlannahmen. Die erste bezieht sich auf die Auffassung, eine Abwendung von ‚liberalen‘ Positionen in der Linken (namentlich einer menschenwürdigen Asylpolitik) würde dafür sorgen, dass rechtspopulistische Mitbewerber in die Schranken gewiesen werden. Man muss nicht Adornos Studien zum Autoritären Charakter heranziehen, um sozialpsychologisch zu erklären, dass autoritäre Persönlichkeitsstrukturen unabhängig von sozialem Standing und politischer Präferenz bestehen. Auch die Demoskopie belegt repräsentativ, dass Zustimmung



Louisa Lorenz
Englisch/GeFo
StuPa: Platz 47



Niklas Schröder
Politikwissenschaft
StuPa: Platz 48



Daniel Stadniczuk
Politik/Soziologie
StuPa: Platz 50



Gwen Kunde
Mathematik
StuPa: Platz 53



Tatjana Bendig
Deutsch/Englisch
StuPa: Platz 55



gen zu völkischen, antisemitischen und antifeministischen Einstellungen im Querschnitt der Gesellschaft (und deshalb eben nicht nur auf Seiten von frustrierten ehemals links-wählenden Milieus) vorkommen. [2] Letztlich lohnt ein Blick auf das aktuelle bundespolitische Geschehen: Dass insbesondere die Unionsparteien (aber auch die SPD) sich rhetorisch und inhaltlich der AfD angenähert haben, hat keineswegs zu sinkenden Umfrageergebnissen der Rechtspopulisten geführt, sondern eher zum Gegenteil.

Die zweite – und weitaus fatalere – Fehlannahme bezieht sich dagegen auf die Suggestion einer vermeintlichen Unvereinbarkeit von liberalen Einstellungen zu Gesellschaft und der Forderungen nach einer starken Sozialpolitik. Gerade im zweiten Punkt hat sich die SPD in den zurückliegenden Jahrzehnten nicht mit Ruhm bekleckert. Hartz IV, Sozialstaatsabbau, Einschränkungen des Streikrechts. Unbestreitbar hat die deutsche Sozialdemokratie ihr Standing als linke Partei nahezu vollständig gegen eine pragmatisch-neoliberale Agenda eingetauscht. Warum aber

sollte eine solche Entwicklung zur Annahme verleiten, dass sich nur mit ihr menschen- und bürgerrechtliche Forderungen durchsetzen ließen? Anstatt hierin einen Antagonismus zu sehen, sollten die Probleme unserer Zeit und die damit verbundenen Kämpfe zusammen betrachtet werden. In Großstädten konkurrieren Geflüchtete zusammen mit einkommensschwachen Gruppen wie Hartz IV-Empfänger*innen und Studierenden um bezahlbaren Wohnraum. Das Problem hierbei ist doch nicht, dass der Druck auf den Markt durch den Zuzug von Geflüchteten weiter angestiegen ist, sondern dass über Jahrzehnte der soziale Wohnungsbau zurückgefahren wurde.

Mit den Fragen um die Gleichberechtigung aller Geschlechter verbindet sich nicht nur eine menschenrechtliche Forderung, sondern auch der Hinweis, dass Frauen* noch immer im Arbeitsalltag diskriminiert und strukturell schlechter bezahlt werden. Und wer für eine Öffnung der Hochschulen plädiert, tut das nicht nur aus Hinwendung zum Recht auf Bildung, sondern auch aus der Überzeugung, dass auch Kinder

aus sozial schwächeren Familien besonders die Chance dazu bekommen sollten, als erste*r in der Familie einen Hochschulabschluss zu erwerben oder eine Ausbildung zu machen.

Ob an der Uni oder im großen gesellschaftlichen Blick: Wir sollten damit beginnen, zusammen zu denken, was zusammengehört: Eine offene Gesellschaft, in der sich jeder*r selbst verwirklichen kann und eine soziale Ordnung, die hierfür die Grundlagen schafft. Dafür stehen wir als Jusso-Hochschulgruppe ein, tragen diese Ideale in unser politisches Handeln und möchten sie gerne mit eurer Unterstützung in der kommende Legislaturperiode durchsetzen.

[1] Nils Heisterhagen, Die liberale Illusion: Warum wir einen linken Realismus brauchen, Berlin 2018, S. 53.

[2] Oliver Decker et al., Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Gießen 2016.

Foto: Sugar Ray Banister on Flickr (CC BY 2.0), URL: <https://www.flickr.com/photos/srbanister/5916242020/>



Lukas Ewert
Wirtschaft
StuPa: Platz 56



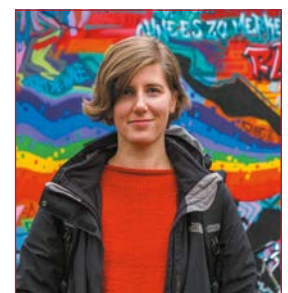
Corinna Mühlnickel
Politikwissenschaft
StuPa: Platz 57



Merle Panzer
Französisch/Politik
StuPa: Platz 61



Jonas Schünemann
Medizin
StuPa: Platz 62



Meike Hartmann
N. Americ. Studies/Englisch
StuPa: Platz 65

Digitale Bildung statt föderale Machtspielchen!

Warum das Kooperationsverbot endlich fallen muss

Marode Gebäude, Lehrer*innen- und Dozierendenmangel und ein riesiger Aufholbedarf bei der Digitalisierung. Es gibt einen massiven Finanzierungsstau im Bildungssystem. Einer der maßgeblichen Faktoren ist, dass Bildung als Kompetenz ausschließlich den Bundesländern zugesprochen ist. Viele sehen im Verbot der Bildungskooperation zwischen Bund und Ländern das Kernproblem, welches eine Reform des Bildungssystems hemmt.

Gegen Ende des letzten Jahres rückte die Debatte um eine Lockerung des Kooperationsverbotes wieder in den Fokus der Öffentlichkeit. Mit einer Einigung der Fraktionen von CDU, Grüne, FDP und SPD schien eine Verbesserung des Bildungsföderalismus greifbar. Diese konnten sich darauf einigen, einen gemeinsamen Gesetzesentwurf zur Änderung des Grundgesetzes in den Bundestag einzubringen, welcher den Art. 104c GG so ändern sollte, dass das bestehende Kooperationsverbot gelockert würde.

Mit dieser Gesetzesänderung wäre der Art. 104c GG soweit abgeändert worden, dass der Bund regulär zusammen mit den Bundesländern Bildungsprojekte fördern könnte. So ist beispielsweise geplant, einen Pakt zur Digitalisierung von Schulen in Höhe von fünf Mrd. Euro aus Bundesmitteln zu bezahlen um damit die Länder finanziell zu entlasten. Mit diesem Geld hätte der digitale Rückstand im Bildungssystem in Angriff genommen werden können, aber auch darüber hinaus wäre mit der Verfassungsänderung ein großer Schritt getan, hin

zu einem durch Bund und Länder dual geförderten Bildungssystem.

Jedoch haben sich die Bundesländer im Dezember einstimmig gegen die eingebrachte Gesetzesinitiative ausgesprochen und über den Bundesrat einen Vermittlungsausschuss einberufen. Aufgrund der dualen Finanzierung durch Bund und Länder sahen diese sich in ihrer Haushaltskompetenz beschränkt, da nur bei gleicher Beteiligung des Bundeslandes auch die Mittel vom Bund zur Verfügung gestellt werden sollten. Stattdessen wurde aus Baden-Württemberg die Forderung laut, die Verteilung der Umsatzsteuereinnahmen anzugleichen, so dass die Länder aus der Unterfinanzierung herauskämen und eine Förderung durch den Bund somit hinfällig wäre.

Aus der Sicht der Schüler*innen, Auszubildenden und Studierenden, die unter der schlechten Ausfinanzierung des Bildungssystems leiden, ist es bedauerlich, dass sich die Bundesländer in dieser Frage sperren. Natürlich ist es nachvollziehbar, dass die Länder ihre Hoheit in Bildungsfragen verteidigen. Auch ist die paritätische Finanzierung ein Punkt, über den gerne (wie auch bei der Einführung des Digitalpakts Schule geschehen) diskutiert werden kann, sodass die Länder sich beispielsweise nur noch mit 10% an der Finanzierung beteiligen müssten. Somit wäre auch die Möglichkeit

gegeben, dass die besonders finanzschwachen Bundesländer von den Finanzspritzen des Bundes profitieren würden. Dass der Digitalpakt aber ausbleibt und das Kooperationsverbot weiterhin besteht, kann keine Lösung sein. Die Umverteilung der Umsatzsteuereinnahmen wäre nicht zweckgebunden und somit die Länder nicht verpflichtet, die Mehreinnahmen auch wirklich in die Bildung zu investieren. Außerdem kann mit diesen Mitteln kein Konzept umgesetzt werden, welches gleichwertige Bildung in allen Bundesländern ermöglicht. Solange alle Länder ihre eigene Suppe kochen, wird es nie möglich sein, ein solides Bildungssystem zu erreichen, in dem alle Menschen die gleichen Chancen auf eine gute Bildung haben. Wir brauchen endlich ein bundesweit funktionierendes und vernetztes Bildungssystem: Das Kooperationsverbot gehört aus diesem Grund endlich abgeschafft! Die Grundgesetzänderung wäre der erste Schritt gewesen. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Bundesländer noch einmal besinnen und ein tragfähiger Kompromiss im Vermittlungsausschuss gefunden wird.

Was ist eigentlich das Kooperationsverbot?

Grundsätzlich haben die Bundesländer die Gesetzgebungskompetenz in bildungspolitischen Angelegenheiten. Auch die Finanzierung wird von den Bundesländern übernommen. Eine Kooperation zwischen Bund und Ländern in Bildungsfragen wird also grundsätzlich von der Verfassung ausgeschlossen, dies betrifft die Durchführung und Planung von bildungspolitischen Angelegenheiten, aber auch die gemeinsame Finanzierung des Bildungssystems.



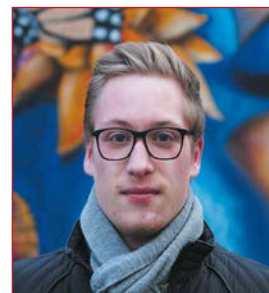
Björn Blumenhagen
evang. Theologie
StuPa: Platz 66



Jan Dörnbrack
Politikwissenschaft
StuPa: Platz 74



Lukas Kregel
Jura
StuPa: Platz 82



Leon Ehlers
Politikwissenschaft
StuPa: Platz 84



Hauke Bruns
Sozialwissenschaften
StuPa: Platz 90

Schon Durchgeblickt?

Welche Gremien stehen zur Wahl? Und was sind ihre Aufgaben?

Das Studierendenparlament

Das Studierendenparlament (**StuPa**) ist das oberste beschlussfassende Organ der Studierendenschaft. Es bestimmt über die Verwendung seines Haushalts und wählt auf seiner konstituierenden Sitzung den Allgemeinen Studierendenausschuss (**AStA**) als Exekutive.

Der AStA – Die studentische „Regierung“

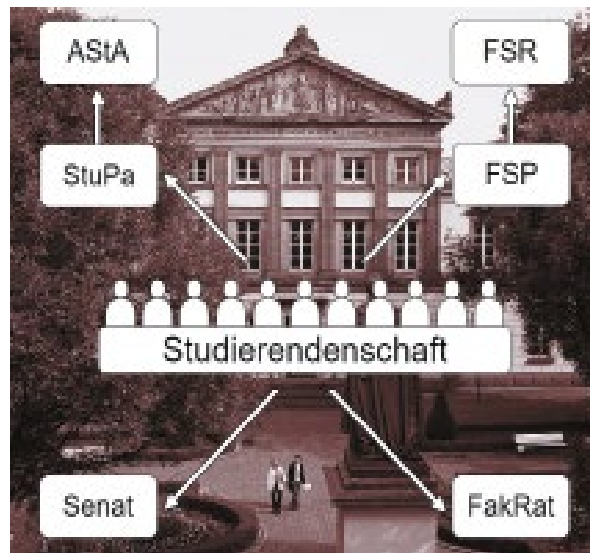
Der AStA ist quasi die Regierung der Studierendenschaft. Seine Aufgaben bestehen einerseits in der Interessenvertretung der Studierenden gegenüber der Universität, den politischen Entscheidungsträger*innen und der Öffentlichkeit. Dazu gehört auch die landes- und bundesweite Vernetzung mit anderen ASten. Andererseits sollte der AStA soziale und kulturelle Belange fördern und unterstützen, z. B. durch politische Diskussionsveranstaltungen, Konzerte sowie Beratungszeiten. Um seine Aufgaben wahrnehmen zu können, gliedert sich der AStA in Pflicht-Referate (Vorsitz, Soziales, Finanzen, Hochschule, Außen), die aber durch weitere Referate ergänzt werden können. In der vorletzten Legislatur waren dies die Referate für Politische Bildung, Gender & Diversity sowie Ökologie & Nachhaltigkeit.

Die Fakultätsebene

Dieses Prinzip von Parlament und Regierung findet sich ebenfalls auf Ebene der Fakultäten wieder. Dort stehen

die Fachschaftsparlamente (**FSP**) zur Wahl, aus denen jeweils ein Fachschaftsrat (**FSR**) hervorgeht – quasi die „Landesregierung“ der Studierenden einer Fakultät. Diese artikulieren die Interessen der Studierenden einer

Vertreter*innen zur Wahl. Auf Ebene der Fakultäten heißt das Kollegialorgan Fakultätsrat (**FakRat**) und entscheidet über grundsätzliche Fragen der Forschung und Lehre. Konkret bestimmen sie über Berufungen und andere Personalfragen, die Zulassungs-, Prüfungs- und Studienordnungen, Einrichtung und Schließung von Studiengängen sowie die Verwaltung ihrer Finanzmittel.



Der ehrwürdige Senat

Das Kollegialorgan auf zentraler Ebene ist der Senat. Er ist das höchste zentrale beschlussfassende Gremium der Uni, das heißt, dass alle größeren Entscheidungen hier beschlossen werden müssen. Die Mitglieder des Präsidiums werden vom Senat vorgeschlagen und kontrolliert. Auch wenn die Studierenden in den Kollegialorganen in der Unterzahl sind, können sie

Fakultät gegenüber den Dozierenden, der Dekanin/dem Dekan und der Uni-Leitung.

aus ihrer Oppositionsrolle heraus die Entscheidungen von Senat und Fakultätsräten kritisch begleiten, Alternativen aufzeigen und sich in Prozesse einbringen.

Was sind Kollegialorgane?

Die ebenfalls zu wählenden Kollegialorgane der Uni bestehen aus 13 Mitgliedern und setzen sich aus verschiedenen Statusgruppen zusammen: Sieben Professor*innen (also die Mehrheit) sowie jeweils zwei Vertreter*innen aus dem wissenschaftlichen Mittelbau, dem technischen und Verwaltungsdienst und der Studierendenschaft. Für die Studierenden stehen nur die studentischen

Impressum:

Juso-HSG Göttingen
Goßlerstraße 16a
37073 Göttingen

Vi.S.d.P Jakob Fitzer
Auflage: 3.000 Stück
www.linke-kraft.de



Dennis Grasse
Politikwissenschaft
StuPa: Platz 96



Jonathan Fante
Sozialwissenschaften
StuPa: Platz 100



Henrik Buschmann
Volkswirtschaftslehre
StuPa: Platz 105



Jannik Bönsch
Osteuropäische Gesch.
StuPa: Platz 107



... und 60 weitere
Kandidat*innen auch
an deiner Fakultät!

Auf den Punkt gebracht.

Unser Wahlprogramm in Kurzform

Als Juso-Hochschulgruppe Göttingen haben wir es uns auch in diesem Jahr zur Aufgabe gemacht, aktive linke, progressive und emanzipatorische Politik für Euch an der Universität zu machen. Soziale Gerechtigkeit, Solidarität und die Förderung von Demokratie am Campus sind daher unsere Leitlinien, auf denen wir unser politisches Handeln aufbauen.

Hochschulpolitik bedeutet für uns daher auch immer Gesellschaftspolitik. Die Probleme fangen nicht an der Campusgrenze an und hören dort auch nicht auf. Aus diesem Grund sehen wir es als Aufgabe des AStAs an, sich auch zu allgemeinpolitischen Themen, wie der Asylpolitik oder im Kampf gegen rechtes Gedankengut, Stellung zu beziehen.

An der Universität sollen sich alle Studierenden wohlfühlen können. Sie ist ein Ort des Lernens und des gemeinsamen Arbeitens und Vernetzens. Ausgrenzungen tolerieren wir nicht. Wir setzen uns daher aktiv gegen Rassismus, Sexismus, Homophobie, Antisemitismus und Ableismus sowie

für eine freie Gesellschaft ein. Gerade in Zeiten, in denen die AfD im Bundestag und niedersächsischen Landtag sitzt, ist es bitter nötig, unsere Positionen laut zu machen. Aus diesem Grund bringen wir uns unter anderem im *Göttinger Bündnis gegen Rechts* ein und stellen uns rechtem Gedankengut auch auf der Straße in den Weg. Durch das allgemeinpolitische Mandat sehen wir uns in der Pflicht, Veranstaltungen zur politischen und kulturellen Bildung anzubieten, die das im Studium vermittelte Fachwissen ergänzen. Wenn wir in den AStA gewählt werden, werden wir das Angebot an Veranstaltungen für euch wieder ausbauen.

Mit dem Scheitern der Bewerbung als „Exzellenzuniversität“, die wir als Hochschulgruppe laufend kritisch begleitet haben, sehen wir nun umso mehr den Bedarf, aus den Fehlern zu lernen. Daher ist es uns in diesem Jahr besonders wichtig, das Präsidium beim Wort zu nehmen, als es nach der Bekanntgabe einen Fokus in Richtung Studium und Lehre ankündigte. Wir sa-

gen: Das ist überfällig! Statt auf elitäre Spitzenprojekte zu setzen, muss die Universität endlich Geld und Engagement in die Verbesserung der Studienbedingungen investieren.

Für eine starke Studierenden-Vertretung

Die Erfolge, die wir als Teil des AStA 2017 erzielen konnten, wurden durch die Mitte-Rechts-Gruppen die im letzten Jahr den AStA stellten, wieder zunichte gemacht (siehe Seite 1). Gerne möchten wir mit eurer Unterstützung wieder einen linken AStA stellen, um sowohl den benötigten Service, als auch das allgemeinpolitische Mandat wahrnehmen zu können. Wir wollen wieder mehr kulturelle und bildungspolitische Veranstaltungen für euch anbieten und die Referate wie Gender & Diversity und Politische Bildung wieder einführen. Wir wollen erneut einen Grundstein für eine aktive und politische Studierendenvertretung legen. Mit eurer Unterstützung werden wir den Campus wieder ein Stück gerechter und vielfältiger machen.

Wir fordern:

Soziale Gerechtigkeit

- Psychosoziale Beratungsstelle und Psychotherapeutische Ambulanz erhalten und ausbauen
- Faire Mieten und mehr sozialer Wohnungsbau
- Bedarfdeckendes und elternunabhängiges BAföG
- Erhöhung des AStA-Darlehens und der Semesterticketrückerstattung
- Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge im fortgeschrittenen Semester bzw. ab 25 Jahren abschaffen und einen Wechsel erleichtern
- Langzeitstudiengebühren abschaffen
- Verbessertes Studium mit Kind
- Faire Löhne für Studierende und wissenschaftlichen Nachwuchs

Gute Lehre - Gutes Studium

- Abschaffung der Anwesenheitspflicht durchsetzen
- Streichcredits und Freiversuche an allen Fakultäten
- Angebot der ZESS ausbauen
- An-/Abmeldung von Prüfungen bis 24 Stunden vorher
- Wahlmöglichkeiten bei den Prüfungsformen ausbauen
- Prüfungsvorleistungen abschaffen

Gleichstellung und Diversität

- Gleichstellung an der gesamten Universität vorantreiben
- Einführung des Referates für Gender & Diversity
- Sexismus bekämpfen und Awareness für LGBTQI* schaffen
- Studierende mit Beeinträchtigungen stärken, Barrierefreiheit schaffen
- Neuauflage des antirassistischen Campusfestivals *fclr*
- Feministischen Poetry-Slam wieder anbieten

Campus-Infrastruktur und Digitalisierung

- WLAN am Campus ausbauen und verbessern
- Mehr Fahrradstellplätze
- Angebot an Computer- & Lernplätze stärken
- Bestand an ausleihbaren Büchern und Onlineressourcen ausbauen
- Stilbrvch und Kulturprogramm am Campus erhalten

Ein vollständiges Wahlprogramm findest du auf unserer Homepage www.linke-kraft.de. Bei Fragen komm gerne zu unserem Stand im ZHG. Wir freuen uns auf dich!